Hier die Torte ins Gesicht von Sahra Wagenknecht, dort der Putsch gegen die gewählte linke Präsidentin Brasiliens, hier die Infiltration der Grünen Partei und ihrer Stiftung, dort die Abwehrschlacht gegen keimende Hoffnungen wie Sanders und Corbyn, hier der geplante und seit langem erkennbare Verfall der SPD und dort die mit Macht betriebene Missachtung der Wahlentscheidungen in Griechenland. Es ist immer dasselbe: das US-Imperium, die großen Finanzinteressen und der militärisch-industrielle Komplex sind so gut organisiert und mit Geld und publizistischer Macht ausgestattet, dass bald nirgendwo mehr Kräfte an der Macht sind oder dorthin kommen, die nur ein bisschen links orientiert sind. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/160603_Hohles_Wort_Demokratie_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die neoliberale Ideologie wurde nahezu überall durchgesetzt. Die Löhne stagnieren. Die in Jahrzehnten erkämpften Rechte der Abhängigarbeitenden werden dezimiert – so wie zur Zeit in Frankreich zum Beispiel. Wo immer sich Widerstand regt, wird „ausgeputzt“ – Regime Change ist die dafür gebräuchliche Metapher. Und die propagandistisch hochgehaltenen Werte sind Menschenrechte, Freiheit und Demokratie. Aber nur propagandistisch. Praktisch haben die Völker, praktisch hat die Mehrheit der Menschen in allen entscheidenden Fragen nichts mehr zu sagen. Aber das wird gekonnt übertüncht mit der entsprechenden Rhetorik.

Jenen, die bei der Lektüre der vorigen Zeilen rufen: Verschwörungstheoretiker!“, sei vorweg zugestanden, dass sie ausgemachte Ignoranten sind, die die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge sowie die historischen Abläufe nicht wahrnehmen wollen.

Um sie zu verstehen, muss man sich in die Lage des US-amerikanischen Präsidenten oder des britischen Premierministers am Ende des Zweiten Weltkriegs versetzen. Es wäre leichtfertig gewesen, die jeweiligen Geheimdienste, Auswärtigen Dienste und später die NATO nicht zu beauftragen, dafür zu sorgen, dass in den deutschen Parteien und den wichtigen Medien Menschen platziert und/oder gewonnen werden, die den Lauf der Dinge im Griff behalten, also Einfluss auf die innere Willensbildung und die personelle Ausstattung ausüben. So ist es geschehen; das kann man bis heute an vielen Beispielen zeigen und belegen.

Hinzu kamen die inneren Kräfteverhältnisse im Lande selbst. Die Wirtschaft hat nicht nur die konservativen Parteien, also CDU, CSU und FDP erfolgreich beeinflusst, sie hat im Verein mit den konservativen Parteien immer auch versucht, auf die innere Entwicklung der konkurrierenden, als links oder linksliberal geltenden Parteien Einfluss zu nehmen, auf die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler sowieso.

Die meinungsführenden Kräfte außerhalb und innerhalb unseres Landes haben dabei immer beachtet: Es gibt zwei Wege, Einfluss zu nehmen. Zum einen über die Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler, zum anderen über die innere Willensbildung jener Parteien, die man beeinflussen will.

Mit der Linkspartei geschieht zurzeit, was mit SPD und Grünen in den letzten 40 Jahren geschehen ist.

In einem Teil I werden die – aus meiner Sicht maßgeblich außengesteuerten – Veränderungen bei diesen Parteien skizziert. In einem Teil II wird gezeigt, dass nahezu alle gravierenden politischen Entscheidungen der deutschen Politik und der maßgeblichen Parteien fremdbestimmt sind.

Teil I: Die erfolgreichen Versuche der Fremdbestimmung von Grünen, SPD und jetzt der Linkspartei

Der Tortenwurf hat verbale Vorläufer: Penetrant wurden die nicht angepassten Politikerinnen und Politiker der Linkspartei als Dogmatiker, Ideologen, Kommunisten gebrandmarkt. Die anderen, sinnigerweise meist solche mit deutlicher DDR-Vergangenheit, wurden zu „Reformern“ hochstilisiert. Diese Sprachregelung wurde in der inneren Auseinandersetzung von Flügel zu Flügel und sie wird von angeblich seriösen Publikationen und politischen Gegnern gebraucht.

Sahra Wagenknecht wurde und wird auch deshalb zum markanten Ziel der Angriffe, weil sie Zustimmung über die eigenen Reihen hinaus, auch in eher liberalkonservativen Kreisen des deutschen Publikums findet. Und weil sie sich artikulieren kann und deshalb, wäre sie unbeschädigt, auch für die Leitfigur der Mächtigen in Deutschland, für Angela Merkel, gefährlich werden könnte. Und -nebenbei – weil sie prinzipiell den Sinn von Kriegen und damit die Rolle des Militärischen infrage stellt.

Beim Versuch, die Linkspartei in den Griff zu bekommen, taucht ein Phänomen auf, das auch bei SPD und Grünen schon eine Rolle spielte: in dieser Auseinandersetzung und beim Versuch der Fremdbestimmung werden als besonders fortschrittlich geltende Gruppen und

Personen zu Trägern des Angriffs gemacht. Das ist im konkreten Fall der „Anti-deutsche“, also ein besonders „linker“ Tortenwerfer und es sind solche, die sich als Antifaschisten und Anti-Nationalisten bezeichnen – typisches Beispiel in der aktuellen Auseinandersetzung ist auch Jutta Ditfurth.

Die Akzentverschiebung bei den Grünen ist in beachtlich weitem Maße über solche gelaufen, die sich früher als Kommunisten verstanden haben, meist im KBW, dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, oder sich im Straßenkampf und Kampf gegen die Atomkraftwerke revolutionär gebärdeten: herausragend Joschka Fischer, Ralf Fücks, lange Zeit Chef der Heinrich-Böll-Stiftung, Bütikofer, Marieluise Beck, der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann usw. . Joschka Fischers Schulterschluss mit der US-amerikanischen Außenministerin Albright wie auch die emotional überhöhte Befürwortung deutscher Bomben im Jugoslawien Krieg (Verhinderung eines Holocaust) sind markante Zeichen dieser Entwicklung.

Die Umwandlung der SPD von einer zeitweise einigermaßen progressiven Partei hin zu einer weitgehend profillosen politischen Partei geschah im Zusammenspiel zwischen einheimischen politischen Kräften der CDU/CSU, maßgeblichen Teilen der Wirtschaft, den USA und anderen politischen Gruppen des Westens.

Es begann unmittelbar nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Oktober 1969 und zieht sich bis zur Halbierung des Wählervotums für die SPD von 45,8 auf 23% im Jahr 2009, 20 % bei aktuellen Umfragen und der programmatischen Auszehrung heute.

Zwischen 1969 und 1972 griff das „Große Geld“, wie die SPD damals die anonymen Geldgeber von Millionen nannte, in die innenpolitischen und Wahlauseinandersetzungen ein. Damals noch ohne Erfolg, weil die SPD die Drahtzieher beim Namen nannte, aber schon im Mai 1974 erfolgreich mit der Demontage und dem Abgang Willy Brandts als Bundeskanzler.

Damals lief viel über die Agitation mit der Behauptung, die SPD sei nach links gerückt. Damit versuchte man einen Druck auf den SPD-Parteivorstand aufzubauen, jeden tatsächlichen Linksruck, wie er zum Beispiel in einer Steuerreform-Kommission des Jahres 1971 oder im Widerstand von Sozialdemokraten gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke sichtbar wurde, zu torpedieren.

Wie das Zusammenspiel der konservativen und mit Geld bestückten Kräfte hierzulande mit den USA funktionierte, war mir bei einem Besuch des Deutschlandreferates des State Departments im Jahr 1973 klargeworden. Ich war damals Leiter der Planungsabteilung im

Bundeskanzleramt und kurz zuvor zuständig für Wahlkämpfe und für die Öffentlichkeitsarbeit der SPD und besuchte zum Gedankenaustausch die Kollegen im US-amerikanischen Außenministerium. „What about the Jusos?“, so eine der ersten Fragen zur Entwicklung in der Bundesrepublik und speziell in der SPD. Die radikalen Beschlüsse und Gebärden der Jungsozialisten interessierte die Mitarbeiter in der weltweiten Steuerungszentrale. Den Mitarbeitern des US-amerikanischen Außenministeriums war offensichtlich von deutschen Publizisten, von Politikern der Union und rechten Sozialdemokraten vermittelt worden, was die gemeinsame Propagandalinie war: die SPD rücke nach links, im extrem: die Jusos stünden vor der innerparteilichen Machtübernahme. Mit dieser realitätsfernen Behauptung wurde versucht, agitatorisch einen Riegel gegen eine solche Entwicklung vorzuschieben.

So hat das Zusammenspiel zwischen äußerer Agitation und innerem Kräftemessen immer funktioniert. Innerparteilich hieß es dann, Willy Brandt habe seine Partei nicht mehr im Griff, er dulde ihre Radikalisierung usw. Der Kanzlerwechsel zu Helmut Schmidt im Mai 1974 war die gewünschte Folge dieses Zusammenspiels.

Auch die späteren Missgriffe und Fehlentwicklungen der SPD könnte man mit ähnlichen Einflüssen von außen und ihrer Kombination mit innerparteilichen Kräften erklären: Schröders und Steinmeiers Agenda 2010 – das gemeinsame Produkt von Bertelsmann Stiftung und konservativen Kräften innerhalb und außerhalb der SPD; das Vergessen des Berliner Programms von 1989 mit seinem Versprechen, beide Militärblöcke, auch die NATO aufzulösen; und dann die aktive Mitwirkung an militärischen Interventionen beginnend mit dem Jugoslawien Krieg wegen Kosovo. Der Bundeskanzler im Wartestand, Gerhard Schröder wurde zusammen mit Joschka Fischer schon vor der Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1998 von der Administration Clinton auf den Kriegseinsatz verpflichtet. In den neunziger Jahren wurde mit dem Hinweis auf die Normalität in anderen sozialdemokratisch regierten Ländern Europas – insbesondere Großbritannien und Frankreich – die Bereitschaft zum militärischen Einsatz außerhalb des NATO-Bereichs und damit der Bruch der in unserem Grundgesetz festgelegten Verpflichtung der Bundeswehr auf die Verteidigung gefordert.

Mit sehr vielen Beispielen könnte man darüber hinaus noch belegen, wie Fremdbestimmung und Niedergang der SPD miteinander verbunden sind und wie sie tatsächlich in den letzten Jahren und Jahrzehnten bewerkstelligt wurden.

Teil II: Die wichtigen Weichenstellungen der deutschen Politik sind fremdbestimmt – in Stichworten und beispielhaft:

Notwendige Vorbemerkung: Einfluss und Fremdbestimmung laufen nicht nur über die zuvor gesondert beschriebenen Entwicklungen bei Grünen und SPD. CDU und CSU und ihre Politikerinnen und Politiker sowie die ihnen in besonderer Weise verbundenen Medien sind quasi der natürliche Transmissionsriemen fremder Einflüsse auf die deutsche Politik.

1. Die Beteiligung am von den USA erklärten und geführten „Krieg gegen den Terror". – Haben wir Deutschen darüber vor und während eines Wahlkampfes einmal ausführlich beraten? Habe wir darüber abgestimmt?
2. Haben wir jemals innerhalb unseres Volkes und innerhalb unserer Partei darüber diskutiert, ob Deutschland der Ausgangspunkt von militärischen Einsätzen im Nahen Osten und in Afrika und in Europa sein soll? Haben wir als Wählerinnen und Wähler jemals darüber abgestimmt oder auch nur darüber diskutiert, ob und dass Ramstein als Koordinationsstelle für den Drohneneinsatz, Büchel notfalls für den Atomwaffeneinsatz und Grafenwöhr als US-Truppenübungsplatz genutzt werden kann? Dies hat unsere Regierung, also konkret Angela Merkel und Frau von der Leyen, beide CDU, ohne Hinterfragung so entschieden bzw. einfach fortgeführt. Warum stellen sie die Aufkündigung der Rechte der USA nicht zur Abstimmung?
3. Die Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands und die Wiederbelebung des Konfliktes zwischen West und Ost und damit das Begräbnis einer der großen Errungenschaften deutscher Politik nach dem Mauerbau von 1961: der Entspannungspolitik. Wir sind zu dieser gravierenden Veränderung nie befragt worden, nie ist die Entscheidung, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit in Europa, also einschließlich Russlands, aufzugeben, zur Diskussion gestellt worden.
4. Die Sanktionen gegen Russland wurden von Angela Merkel, von Schäuble, von Steinmeier und von Gabriel offensichtlich ohne innere Schwierigkeiten und jedenfalls ohne Rücksprache mit den Wählerinnen und Wählern abgenickt.
5. Militäreinsätze an vielen Stellen der Welt, Aufrüstung statt Abrüstung, das ganze Gehabe von Frau von der Leyen und das Schwärmen unseres Bundespräsidenten von weltweiter, auch militärischer Verantwortung wurde nie mit uns diskutiert, sondern einfach dekretiert. Die genannten Personen rechtfertigen sich auch nicht. Sie machen einfach. Sie machen es im Interesse des Westens und des Imperiums.
6. Die Zustimmung zu TTIP und anderen Freihandelsabkommen. Hat die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende irgendwann erklärt, warum sie diesen Abkommen zustimmen will? Hat sie erläutert, was wir, die hier lebenden Menschen davon haben? Das würde ihr ausgesprochen schwer fallen. Denn von solchen Freihandelsabkommen haben wir nichts. Wir haben keine Handelsprobleme. Den Welthandel noch weiter auszudehnen macht ohnehin keinen Sinn. Es bleiben die Vorteile für die internationalen Konzerne. Und es bleiben vor allem die Nachteile für

die Völker der Welt, ihre Regeln für das Zusammenleben selbst zu setzen. Die Fremdbestimmung wird sozusagen rechtlich einwandfrei und unumstößlich verankert. Wann hat Angela Merkel mit uns darüber geredet? Wann hat sie die Karten offen auf den Tisch gelegt? Im konkreten Fall ist der Verstoß gegen jegliches demokratische Grundgefühl schon im Verfahren verkörpert. Wir dürfen nicht mal richtig wissen, was in den Abkommen steckt. Aber unser Bundespräsident schwadroniert weiter über Freiheit und Demokratie. Es ist einfach empörend.

7. Die Rettung aller Banken in der Finanzkrise 2007 und 2008. Das war damals zwischen der Bundeskanzlerin Merkel und dem Finanzminister Steinbrück (SPD) abgestimmt worden. Aber die treibenden Kräfte waren die internationale Finanzwirtschaft und die eigenen Banker. Und gerettet haben wir mit Steuergeldern und auf unser Risiko milliardenschwere ausländische Fonds und inländische Banken und sonstige Einrichtungen, die mit Finanzprodukten der HRE bzw. zuvor schon solchen der IKB spekuliert haben. Wir haben die Spekulanten gerettet – zwangsweise, niemand hat mit uns darüber eine demokratische Debatte geführt.
8. Die Rettung der Banken in der Griechenland Krise. Wir haben nicht die armen Griechen gerettet. Wir haben unsere, französische und andere Banken vor massiven Spekulationsverlusten bewahrt.
9. Steuerfreiheit beim Verkauf deutscher Unternehmen und die Auflösung der Deutschland AG als passende Propagandaformel. – Das haben die meisten Deutschen wahrscheinlich schon vergessen. Zum 1.1.2002 wurde die Steuerfreiheit für Gewinne eingeführt, die beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen als dabei realisierte Gewinne entstehen. Die Regel gilt immer noch. Damit wurde es zum Vorteil der Verkäufer und der Käufer möglich, Tausende von deutschen Unternehmen an Fonds verschiedener Herkunft zu verscherbeln. Die Leidtragenden sind oft die dort Beschäftigten und die Kommunen. – Haben die verantwortlichen Politiker, im konkreten Fall der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und später seine Nachfolgerin Merkel, und der damalige Finanzminister Eichel, Steinbrück und Schäuble je das Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern über diese tiefgreifende Entscheidung geführt? Nie. Es gab nur die Propagandaformel von Schröder: die „Auflösung der Deutschland AG“. Das klang fortschrittlich und hat die Publizisten reihenweise betört, jedenfalls desinteressiert.
10. Steuersenkungen für hohe Einkommen und Vermögen und Unternehmen in den 1990ern und 2000ern
11. Nichtstun gegen Steueroasen
12. Die Agenda 2010, Einführung von Leiharbeit, Aufbau eines Niedriglohnsektors, die Rolle der Bertelsmann Stiftung. Bedenkliche Verwandtschaft zum Geschehen in Chile im Jahre 1973, wo die Chicago Schule mithilfe des Diktators Pinochet ihre neoliberalen

Instrumente testete.

13. Weite Teile von Merkels Flüchtlingspolitik. Die offenen Arme haben ihrer Imagebildung gedient. Der Pakt mit Erdogan war erkennbar fremdbestimmt, einschließlich der sonderbaren Bestimmung, dass aus der Türkei für die aus Griechenland zurückgeführten Flüchtlinge Syrer nach Deutschland übernommen werden sollen. Haben Sie mal überlegt, warum nur Syrer? Es gibt nur eine Erklärung: Das liegt im Interesse der Politik des US-geführten Westens, in Syrien einen Regime Change zu bewirken, im konkreten Fall durch die Erleichterung des Wegzugs von gut ausgebildeten Syrern. Aus dem gleichen Grund hat sich die Bundesrepublik an den Sanktionen gegen Syrien beteiligt. Diese Sanktionen verschärfen die Notlage im Land und ermuntern zur Flucht.
14. Das markanteste Beispiel aus der Gesellschaftspolitik zum Schluss: Riester-Rente und Rürup-Rente und die Entgeltumwandlung zugunsten der betrieblichen Altersvorsorge wurden eingeführt, um der Versicherungswirtschaft und den Banken ein neues Geschäftsfeld zu eröffnen. Es wurde durchgepeitscht ohne Rücksicht auf die von Fachleuten, gerade auch hier in den NachDenkSeiten, geäußerten Bedenken. Jetzt haben sich diese Bedenken alle als richtig erwiesen. Und dennoch machen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker weiter wie bisher. Sie nehmen Rücksicht auf die Interessen der Lobby und kommen deshalb nicht auf das Selbstverständliche zur Lösung des Problems: die Konzentration aller Mittel auf die Stärkung der gesetzlichen Rente und den Wiederaufbau ihrer Leistungsfähigkeit, um damit die Altersarmut vieler Menschen zu verhindern. Stattdessen soll mit neuen zusätzlichen Förderungen zugunsten der privaten Versicherer experimentiert werden. Ein Musterbeispiel von Fremdbestimmung der Parteien und ein Musterbeispiel der Fremdbestimmung der Medien. Diese haben die Kampagnen für die gescheiterten Projekte geführt, zusammen mit der Wissenschaft und interessierten Politikern. Und sie stolpern einfach so weiter. Mit Demokratie hat das nichts zu tun. Gar nichts. Es ist auch nicht im Sinne einer repräsentativen Demokratie. Für sie würde sprechen, wenn sachgerechte Lösungen gesucht werden. Im konkreten Fall ist das aber gerade nicht der Fall.

Das waren 14 Beispiele von möglichen 20, 30 oder mehr für gravierende Entscheidungen zu unseren Lasten, Entscheidungen, die ohne demokratische Debatte gefällt werden. Entscheidungen, die im Interesse großer finanzieller Interessen und anderer Nationen liegen.